

Juristischer Etappensieg für Gore

Oberster Gerichtshof Floridas weist Forderung nach Auszählungsstopp zurück

FLORIDA: Juristischer Etappensieg für den demokratischen Präsidentschaftsbewerber Al Gore: Der Oberste Gerichtshof im wahlentscheidenden Staat Florida hat am Mittwoch den Antrag zur Aussetzung der Stimmenzählung zurückgewiesen, den die republikanische Innenministerin des Staates, Katherine Harris, gestellt hatte.

Die Entscheidung des siebenköpfigen Richtergremiums fiel einstimmig. Eine Anhörung gab es nicht. Auf die anderen noch offenen Rechtsfragen rund um die strittige Auszählung der Stimmen der US-Präsidentenwahl ging der Gerichtshof nicht ein. Alle sieben Richter wurden von demokratischen Gouverneuren des Staates ernannt.

Unterdessen hat im Bezirk Broward die Nachzählung der Stimmen mit der Hand begonnen. Gore liegt dort nach bisherigen Ergebnissen mit rund 200 000 Stimmen vor seinem republikanischen Rivalen George W. Bush. Gores Wahlkampfteam hofft, dass dieser Vorsprung sich bei einer Nachzählung vergrößert.

Kurz vor dem Urteil hatten drei Wahlbezirke in Florida einen Aufschub der Frist zur Meldung von Ergebnissen der US-Präsidentschaftswahl bean-



Wahlbezirk Palm Beach: Stimmzähler warten auf Anweisungen.

tragt. Sie reichten eine entsprechende schriftliche Begründung beim Innenministerium von Florida ein.

Sämtliche Verfahren

Floridas republikanische Innenministerin Katherine Harris hatte erklärt, der Oberste Gerichtshof Floridas müsse sämtliche Verfahren an sich ziehen, die derzeit im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl bei verschiedenen Gerichten des Bundesstaates hängig sind.

Sie wollte damit vor allem verhindern, dass verschiedene Bezirksgerichte einander widersprechende Urteile zu dem Wahlchaos fällen.

Die Klagen und Einsprüche reichten von der Forderung nach Nachzählungen bis zu Anträgen auf Annullierung bisheriger Ergebnisse und Ausschreibung von Neuwahlen. Sie sind begleitet von heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und Republikanern auf allen

Ebenen, die auch Hunderte von Anwälten einsetzen. Warren Christopher, der Wahlbeauftragte Gores, warf Harris vor, ihr Vorstoss diene nur der weiteren Verzögerung von Handzählungen. Mit klaren Vorgaben des Obersten Gerichtes werde es eine schnelle Aufklärung über das wirkliche Wahlergebnis geben.

Am Dienstagabend hatte die Innenministerin die offiziellen Ergebnisse der Nachzählung aller 67 Bezirke Floridas vorgelegt. Danach ist der Vorsprung von Bush vor Gore innerhalb einer Woche von rund 1800 auf genau 300 von knapp sechs Millionen abgegebenen Stimmen zusammengeschmolzen.

Hoffen auf Briefwähler

Klarheit über den Wahlsieger wird am Wochenende von der Auszählung der rund 4000 Briefwahlstimmen in Florida erwartet. Bei den vorangegangenen Wahlen hatte die Mehrzahl der Briefwähler in Florida – vor allem Soldaten und Beamte im Auslandseinsatz – für den Kandidaten der Republikaner gestimmt. Dennoch versprechen sich die Demokraten von der Briefwahl einen Vorteil. Sie hoffen auf die Stimmen der in Israel lebenden US-Bürger, die mit dem jüdischen Kandidaten der Demokraten für das Amt des Vizepräsidenten, Joseph Lieberman, sympathisieren. In Israel sollen 4000 Bürger Floridas leben.



Unterlag mit ihrem Antrag vor Gericht: Floridas Innenministerin Katherine Harris.

NACHRICHTEN

Zwölf Millionen Chinesen wurden «übersehen»

PEKING: Bei der Volkszählung in China sind mindestens zwölf Millionen Einwohnerinnen und Einwohner nicht erfasst worden. Allein in der Provinz Hunan im Süden der Volksrepublik hätten die Volkszähler zehn der schätzungsweise 65 Millionen Einwohner gar nicht befragt. Dies meldete die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua am Mittwoch. In Shaanxi tauchten zwei der 36 Millionen Einwohner in keiner der Listen auf.

Kostunica will sein Land in die EU führen

BRÜSSEL: Der jugoslawische Präsident Vojislav Kostunica will sein Land in die Europäische Union führen. In einer Rede vor dem Europaparlament in Strassburg formulierte Kostunica am Mittwoch einen Beitritt Jugoslawiens zur EU als langfristiges Ziel. Als ersten Schritt strebt er die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens an. Seit der Entmachtung des früheren Präsidenten Slobodan Milosevic vor sechs Wochen ist Jugoslawien bereits in die Vereinten Nationen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zurückgekehrt. Die Aufnahme in den Europarat ist beantragt.

Flugzeugabsturz in Angola: 39 Tote



LUANDA: In Angola ist innerhalb von 15 Tagen ein zweites Flugzeug des russischen Typs Antonow abgestürzt. Kurz nach dem Start vom Flughafen der Hauptstadt Luanda verunglückte am Mittwoch eine Antonow 26. Dabei seien alle 39 Insassen ums Leben gekommen, hieß es in Luanda. Das Flugzeug ging in der Nähe einer Flüchtlingslagerung im Süden der Stadt nieder. An Bord der Maschine waren vier Mann Besatzung, darunter zwei Piloten aus der Ukraine, sowie 35 Passagiere.

Blutige Unruhen am Jahrestag

JERUSALEM: Schwere Unruhen haben am Mittwoch den palästinensischen Jahrestag zur Ausrufung eines bislang nur symbolischen eigenen Staates begleitet. Dabei wurden im Gazastreifen und im Westjordanland neun Palästinenser getötet, mindestens 36 weitere erlitten Verletzungen. Israel hielt die Grenze zu den palästinensischen Gebieten den zweiten Tag in Folge geschlossen. Präsident Jassir Arafat verzichtete auf eine ausführliche Ansprache an die Bevölkerung.

Zu viele Fehler im Haushalt 1999 der EU

Rechnungshof verweigert Zuverlässigkeitsbescheinigung – Fehlende Belege, mangelnde Kontrollen

BRÜSSEL: Trotz aller Bemühungen um ein sauberes Finanzmanagement hat die seit einem Jahr amtierende EU-Kommission unter Romano Prodi ihre Bücher noch nicht in Ordnung. Wegen einer zu hohen Fehlerquote weigerte sich der Europäische Rechnungshof am Mittwoch erneut, der EU-Kommission für den Haushalt 1999 die Zuverlässigkeitsbescheinigung auszustellen.

Die Bescheinigung ist Voraussetzung für eine Haushaltsentlastung, die das Europaparlament der Kommission erteilen muss. Die fehlende Entlastung vor zwei Jahren führte in letzter Konsequenz zum Sturz der EU-Kommission unter Jacques Santer.

Bei seiner Vorstellung des Jahresberichts vor dem Europaparlament in Strassburg lobte der Präsident des Rechnungshofes, Jan Karlsson, die geplante Reform des Finanzmanagements, bedauerte aber gleichzeitig, dass sie «bislang grösstenteils auf dem Papier» bestehe. EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer räumte ein, dass die Kommission «noch eine Wegstrecke vor sich» habe.

Mangelnde Kontrollen

Die Santer-Kommission war im Frühjahr 1999 zurückgetreten, nachdem ihr Missmanagement und Vetternwirtschaft zur Last gelegt worden war. Die neue Kommission trat im darauf folgenden Herbst ihr Amt mit dem Versprechen an, die

Finanzverwaltung zu reformieren. Für den Haushalt 1999 trägt sie nur im letzten Vierteljahr die Verantwortung. Karlsson wies darauf hin, dass gerade nach den «dramatischen Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit» die Steuerzahler einen «sinnvollen und redlichen Umgang mit den Gemeinschaftsausgaben» erwarteten. Auch Schreyer betonte: «Wir müssen die Maschinen zum Schutz des Steuerzahlers enger knüpfen.» Von der Rechnungsprüfungsbehörde fühlte sie sich in diesem Bemühen bestätigt: «Der Rechnungshof bläst der Kommission Wind in die Segel der Reform.» Die Kommission wolle in Zukunft sowohl schwerwiegende Fehler angehen als auch Formfehler elimi-

nieren. Zu den Fehlern, die im EU-Haushalt 1999 auftraten, gehörten unter anderem fehlende Belege, mangelnde Kontrollen und falsche Ausschreibungsverfahren. Karlsson betonte, dass Fehler nicht gleichzusetzen seien mit Betrug. Nur wenige der aufgedeckten Unregelmässigkeiten hätten zur Einleitung eines Betrugsbekämpfungsverfahrens geführt. Für die Fehler ist nach Einschätzung des Hofes die Kommission nur zu 20 Prozent verantwortlich, obwohl sie formal die Gesamtverantwortung trägt. Die restlichen 80 Prozent gehen auf das Konto der Mitgliedstaaten – etwa durch mangelnde Kontrollen bei der Bemessung und Auszahlung von Beihilfen für die Landwirtschaft oder bei der

Finanzierung von Infrastrukturprojekten.

Rund fünf Milliarden Euro falsch verbucht

Europaparlamentarier verschiedener Parteien bedauerten, dass der Rechnungshof die Fehlerquote nicht genau bezifferte. Sie liegt offenbar zwischen fünf und sieben Prozent – und das bei einem Haushaltsvolumen von rund 87 Milliarden Euro. Die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses, die CDU-Politikerin Diemut Theato, sagte, damit seien fünf Milliarden Euro nicht korrekt veranschlagt. Das Europaparlament könne die EU-Kommission angesichts dieser inakzeptablen Fehlerrate voraussichtlich nicht entlasten.

Eine unermüdliche Kämpferin für Frieden

Lea Rabin in Jerusalem beigesetzt

JERUSALEM: Lea Rabin ist am Mittwoch an der Seite ihres vor fünf Jahren ermordeten Mannes Jizchak beigesetzt worden. Der Beerdigung auf dem Jerusalemer Herzberg wohnten 1500 Trauergäste aus aller Welt bei, unter ihnen der deutsche Bundespräsident Johannes Rau und Hillary Clinton.

Hillary Clinton würdigte Lea Rabin, die am Sonntag im Alter von 72 Jahren an Krebs starb, als enge Freundin und unermüdliche Kämpferin für den Frieden. «Keine Kugel aus der

Waffe eines Attentäters konnte ihr ihren aussergewöhnlichen Mut rauben», sagte Clinton. «Wir beten heute, dass sie in Frieden ruhen mag, und dass wir alle in ihrem Namen den Weg des Friedens gehen werden.» Zuvor hatten hunderte Israelis Lea Rabin auf dem Platz die letzte Ehre erwiesen, auf dem ihr Mann am 4. November 1995 von einem Friedensgegner erschossen worden war. An der Stelle des Attentats war ihr Sarg aufgebahrt, ihre Kinder Dalia und Juval sassen mit den Enkeln Noa und Jonatan in der ersten Reihe.



Der Beerdigung von Lea Rabin auf dem Jerusalemer Herzberg wohnten 1500 Trauergäste bei.